

Interview Telepolos, November 22

Frau Vollmer, vom UN-Klimagipfel COP27 über die Energiepolitik bis hin zum Parteitag der Grünen in diesem Jahr: Die Partei und ihre Mitglieder scheinen inzwischen zu fast jedem Kompromiss bereit. Das betrifft die Waffenlieferungen nach Saudi-Arabien, die Position zur Atomkraft, aber auch grundlegende friedenspolitische Positionen. Wie erklären Sie sich das?

Die Grünen haben ihren historischen Platz preisgegeben, der sie in der deutschen Parteienlandschaft und auch in der europäischen Zukunftsdebatte über lange Zeit hinweg einzigartig gemacht hat.

Als Oppositionspartei?

Mehr noch: als methodische Alternative im Umgang mit Systemkonflikten. Sie haben sich zu Beginn der 80er Jahre genau dort positioniert, wo die Welt auseinanderzureißen drohte. Und sie haben diese Spannung ausgehalten. Die alte Friedensbewegung in der BRD und der DDR hat die Aufrüstung in Ost und West in gleicher Weise angegriffen und damit einen höchst umstrittenen Standort gewählt. Aber in der Sache hatte das erstaunliche Erfolge. Heute neigen die Grünen dazu, sich voreilig auf die Seite der vermuteten Sieger der Geschichte zu stellen.

Nun bezeichnen sich die Grünen aber auch heute noch als Friedenspartei, wenn es dort etwa heißt: „Unsere Politik zielt auf die Verhinderung gewaltsamer Konflikte, die Beseitigung von Gewalt- und Fluchtursachen und eine aktive zivile Krisenprävention und Konfliktlösung.“

Aber das sind erstmal nur Behauptungen, und sie werden verschoben auf die „Zeit danach“, die Zeit nach dem Krieg, die Zeit nach dem Sieg im Systemkonflikt. Es gibt keine inhaltliche Debatte über die jetzt brennende Frage: Wie kommen wir denn zum Frieden hin? Das Wort Verantwortung wird inflationär gebraucht als Ausdruck pathetischer Selbstvergewisserung. Führende Grüne bezeichnen sich und die Partei als staatstragend. Aber wo tragen Sie diesen Staat hin? In Richtung einer Führungsrolle in Europa? In Richtung zukünftiger Wirtschaftskriege? In Richtung neuer Aufrüstungsspiralen? Oder wollen wir vor allem Weltmeister der Moral werden?

Niemand hat bislang die Frage zufriedenstellend beantwortet, wie wir in diesem Europa, das in so einen desaströsen Zustand geratenen ist, wieder zu einer stabilen Friedensordnung kommen. Offenbar soll darüber erst nach dem Sieg über den verhassten Putin nachgedacht werden.

Wie beantworten Sie die Frage?

Ich suche nach Konzepten unabhängig davon, wer gerade im Kreml an der Macht ist. Das letzte Konzept, an das ich mich erinnere, stammt von Michail Gorbatschow. Und der wiederum hatte auf ein anderes Konzept reagiert, nämlich auf die Entspannungspolitik und die Friedensbewegung. Darauf hat er gehofft. Und er hat damit das Postulat hochgehalten, dass es ohne Russland oder gegen Russland keine stabile Friedensordnung in Europa geben kann.

Die Münchner Sicherheitskonferenz vom 18. bis zum 20. Februar dieses Jahres war die erste entsprechende Tagung ohne Russland seit mehr als 30 Jahren. Vier Tage nach ihrem Ende hat der Krieg in der Ukraine begonnen.

Für mich hat der Krieg in den Köpfen spätestens 2008 und erst recht seit 2014 begonnen. Das gilt für die russische Position – aber es gilt auch für den Westen. Der Ausschluss von Russland aus Europa war ja das erklärte alte Nato-Ziel. Es ging demnach darum, die USA dauerhaft als Führungsmacht in Europa zu verankern, Deutschland dauerhaft einzuhegen und zu kontrollieren und Russland dauerhaft draußen zu halten. Aber die Entspannungspolitik, die Öko- und Friedensbewegung und Gorbatschow haben darauf reagiert, indem sie gesagt haben: Unsere Vision ist ein anderes Europa. Es wird keinen dauerhaften Frieden in Europa geben, wenn man Russland ausschließt.

Und am 24. Februar hat die russische Armee die Ukraine angegriffen.

Und damit sind wir in eine Situation geraten, in der Putin das Tor zum Westen auf lange Zeit zugeschlagen hat. Aber auch der Westen hat Russland dauerhaft ausgeschlossen und sich schon lange eine andere Weltordnung überlegt.

Auf beschämende Weise konnte man das praktisch erleben, als sich – mit Ausnahme ausgerechnet von Viktor Orban - kein einziger westlicher Politiker bereitfand, zur Beerdigung Michail Gorbatschows nach Moskau zu fahren. Selbst Deutschland, das ihm nahezu alles zu verdanken hatte, schickte weder Präsident, Kanzler, Minister, Botschafter, Parlamentarier, sondern nur einen besseren Hausmeister mit bescheidenem Kranz. Das kam mir vor wie eine nachträgliche Exkommunikation aus dem europäischen Heiligtum. Dabei hätten sie alle bei dieser Gelegenheit nicht einmal Wladimir Putin begegnen müssen, der abgesagt hatte. Sie hätten nur ein Minimum an historischer Dankbarkeit und Vision dokumentieren müssen.

Besteht jetzt noch eine Pattsituation zwischen Ost und West?

Nein, das glaube ich nicht, denn es gibt längst einen drohenden Schatten eines sehr großen anderen Elefanten im Raum. Das ist die kommende Auseinandersetzung mit China. Das einzig sinnvolle an unserer jetzigen Konfrontation ist doch, dass wir eine ehrliche Bilanz ziehen: Hat uns die Methode der Konfrontation mit dem immer autoritärer werdenden Russland im letzten Jahrzehnt genutzt oder geschadet? Haben uns die einmalig harten Wirtschafts-Sanktionen dem erwünschten Ziel näher gebracht? Und wenn sie uns im Gegenteil eher geschadet haben, sollten wir diese Art der Konfrontation auf die ganze Welt übertragen? Also auch auf die große kommende Auseinandersetzung mit China? Die Frage muss man nüchtern und ohne Selbstbetrug beantworten.

Ich würde gerne mal kurz zurückkommen, auf die Entwicklung der Grünen. Wie erklären Sie sich diesen offensichtlichen Wandel der Partei? Liegt das allein an der massiven Entwicklung der Mitgliederzahl, sozusagen an einem schleichender Austausch der der Parteibasis?

Das alles trägt Züge eines heftigen Generationenkonfliktes, das ist klar. Die heute Verantwortlichen wissen wenig von dem damaligen Zusammenschluss der Basisbewegung in Ost und West, von der Idee der Blocküberwindung anhand von Ökologie – und Friedensfrage. Für uns hatte die größten Probleme der Menschheit ja weder der Kapitalismus noch der Sozialismus bewältigt. Unser Ziel war es, uns aus der Block-Logik zu befreien und nach vorne zu denken. Vom Triumph des Westens als Ziel der Geschichte waren wir nicht überzeugt. Das bewahrte uns auch vor moralischer Hybris.

Wer die notwendige Verbindung von Friedenspolitik und Ökologie im Kopf hat, der weiß, dass er niemals die ökologische Frage weltweit lösen kann ohne eine neue Zusammenarbeit mit China und Russland und den Teilen der Welt, die sich nicht dem Westen zugehörig fühlen. Der weiß, dass er eine Brücke bauen muss über den immer tiefer werdenden Graben zwischen den neuen Machtzentren des neuen Kalten Krieges.

Gibt es noch Stimmen bei den Grünen, die diese Position vertreten?

Also Pazifisten kenne ich keine mehr. Ökologen gibt es noch eine ganze Menge. Aber auch die müssen sich irgendwann entscheiden: Wollen sie vorrangig die Bösewichte der Welt, also die Putins und Xi Jinpings , bestrafen, oder wollen sie die Welt retten?

Im Augenblick hat man den Eindruck, dass die Grünen sich dafür entschieden haben, führend in der Phalanx derjenigen mitzumachen, die die verfluchten Autokraten zu Fall bringen wollen. Eine pazifistische Vision, die selbst für den Paria einen Ausweg sucht hin zu neuen gemeinsamen Zielen, gilt ihnen als charakterlos und „lumpenpazifistisch“.

Das hat viel damit zu tun, wie ernst man die Gattungsfrage in der Klimakrise nimmt. Ob wir meinen, uns noch ein paar Umwege leisten zu können, oder ob wir alles, wirklich alles darauf konzentrieren, Wege zum Frieden zu finden, damit wir endlich zu einer gemeinsamen Klimapolitik kommen.

Wie kommt es denn zu dieser Entwicklung? Ist das nach Ihrer Beobachtung ein Ergebnis der parlamentarisch-

politischen Debatte, oder spielen da noch weitere Akteure eine Rolle?

Über keine Entwicklung grübele ich mehr nach als über das umfassende Umkippen des Bewusstseins, das die alte Bundesrepublik bis in die 1990er Jahre geprägt hat und das von Entspannungspolitik und Gerechtigkeitsfragen doch sehr durchdrungen war.

Jetzt wird uns ja dauernd gesagt, die Welt habe sich vollkommen verändert. Ich glaube aber eher, unsere Position zur Welt hat sich verändert.

Und da spielen die Leitmedien - alle im gleichen Alter wie die Grünen - eine zentrale Rolle.

In den Talkshows und Rundfunk-Interviews ist es eine Gruppe, die gar nicht so sehr bekannt ist, aber großen Einfluss hat: eine anwachsende Menge von politischen Thinktanks und sogenannten Militär-Experten, die übrigens immer jünger und immer weiblicher zu werden scheinen.

Es ist an sich aber doch nicht verwerflich, Vertreter solcher Organisationen einzuladen, die im besten Fall Fachwissen in die Debatte einbringen.

Das würde zutreffen, wenn es nicht eine grundsätzliche politische Neuausrichtung vieler dieser Organisationen gegeben hätte. Nehmen Sie etwa die Körber-Stiftung und die Bosch-Stiftung. Beide sind von ihren Gründern gedacht worden als Instrumente der Versöhnung und der Nachkriegs-Verständigung mit Russland.

Die Stiftung Wissenschaft und Politik dachte unter dem Einfluss von Habermas und Carl Friedrich von Weizsäcker über Weltinnenpolitik und über das Friedensethos nach, also über Fragen der weltweiten Gerechtigkeit, des Friedens und der Bewahrung der Schöpfung.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik war einst eine hochgeachtete Institution, in der führende Staatsleute aus Ost und West eine faire Plattform hatten, um ihre Sicht der Welt darzulegen.

Die Heinrich Böll Stiftung war geprägt von dem Pazifisten Heinrich Böll.

Was ist aus diesen Institutionen inzwischen geworden? Sie sind fast ausschließlich transatlantisch orientiert, sehr konfrontativ zu allen Gedanken der Entspannungspolitik, die sie als überholt definieren. Und sie sind immer dichter an die Berliner Politik - Blase herangerückt. Und das alles ohne öffentliches Mandat, sondern oft im privatwirtschaftlichen Interesse.

Das heißt, das sind keine inhaltlich unabhängigen Institutionen mehr, sie verbreiten aber eine ziemlich einheitliche Agenda. Sie haben ihren Gründungsauftrag nahezu in das Gegenteil verkehrt.

Das betrifft auch ehemalige grüne Mitstreiter von Ihnen, konkret Ralf Fücks und Marieluise Beck. Die beiden haben 2017 einen Thinktank mit dem Namen Zentrum Liberale Moderne gegründet. In den Jahren 2018 bis 2021 sind nach Auskunft der Bundesregierung rund 4,5 Millionen Euro an diese Organisation geflossen, die auf die öffentliche Meinung einwirkt. Wie bewerten sie das?

Diese sogenannte NGO ist ein besonders eklatantes Beispiel eines hybriden politischen Thinktanks. Zwei ehemalige Spitzenpolitiker nutzen sämtliche Netzwerke der Institutionen, in denen sie lange tätig waren, und gründen dann mit Staatsgeld einen antirussischen Thinktank, den sie „Non Government Organisation“ nennen und der durch keine echte Praxis im Land ausgewiesen ist.

Es gibt viele engagierte Städtepartnerschaften, die würden sich freuen, wenn sie auch nur punktuell Projektmittel vom Staat erhielten. Aber dieser Thinktank hat von Beginn an höchste politische Unterstützung genossen.

Warum ausgerechnet das Zentrum Liberale Moderne, was macht diese Organisation so besonders?

Ich vermute, es sollte damals die zentrale Denkfabrik für eine schwarz-grüne Regierungsoption sein. Das würde dann aber auch bedeuten, dass das Postulat der Unabhängigkeit von Beginn an nicht stimmt. Es stimmt nicht die Regierungsferne, es stimmt nicht die Basisverankerung. Das Zentrum Liberale Moderne ist stattdessen ein Instrument eines ideologischen Lobbyismus.

Im Vergleich dazu muss man den Parlamentarierinnen und Parlamentariern zugutehalten, dass sie für ihre Positionen jederzeit öffentlich Rechenschaft ablegen und sich alle vier Jahre erneut einer Wahl stellen müssen.

Bei diesen Thinktanks aber sitzen die prominenten Vertreter teilweise über Jahrzehnte auf ihren Posten, wirken mit in Netzwerken. Das dann im Einzelfall für eine unabhängige

wissenschaftliche Expertise zu halten, das finde ich ziemlich naiv.

Was also tun?

Wir sollten generell vorsichtig sein in der Einschätzung dessen, was uns medial als Mehrheitsmeinung präsentiert wird. Das waren schon richtige Fragen, die Harald Welzer und Richard David Precht in der letzten Zeit gestellt haben. Manchmal wird etwas als Mehrheitsmeinung ausgegeben ausgerechnet von denen, die gezielt an der Etablierung solcher Mehrheiten arbeiten und von ihnen profitieren.

Das bedeutet aber auch, dass man sich heute selbst eine hohe Dissidentenqualität aneignen muss, die Fähigkeit zu zweifeln, sogar an eigenen Gewissheiten. Manchmal muss man ziemlich einsam in einem überwiegend monokulturellen Meinungsumfeld bestehen. Dabei ist der Grundton westlicher Debatten gegenüber den neu aufkommenden Problemen in der Welt meist getragen vom Gefühl unanfechtbarer Überlegenheit, an der es nicht den geringsten Zweifel geben dürfe. Aber genau dieser Zweifel ist notwendig.

Vor allem muss man hellhörig werden gegenüber den Stimmen, die bei uns sehr leise geworden sind.

Was bedeuten diese Empfehlungen konkret für die Haltung gegenüber der globalen Krise, die mit dem Krieg in der Ukraine an Schärfe gewonnen, aber nicht mit ihm begonnen hat?

Das bedeutet, dass wir uns etwa fragen müssen, warum Länder wie Indien oder Indonesien diese große Polarisierung zwischen China und dem Westen nicht mitzumachen bereit ist. Oder dass

wir uns für die Erfahrungen von Südafrika interessieren sollten, die uns raten: „Setzt euch an den Verhandlungstisch und misstraut auch Euren eigenen Gewaltphantasien und Hassbildern.“

Stattdessen haben wir inzwischen acht EU-Sanktionspakete gegen Russland. Die Wirkung der Sanktionen kann man nach jüngsten Antworten auf parlamentarische Anfragen aber gar nicht verlässlich einschätzen.

Wir sollten uns schon ernsthaft und grundsätzlich die Frage stellen, ob die Politik der Sanktionen auch nur den geringsten Erfolg auf der gegnerischen Seite hatte. Ich meine das nicht nur in Bezug auf Putin, sondern auch auf die Geschichte der Sanktionen gegen den Iran, gegen Kuba und andere Staaten. Solche Maßnahmen haben immer dazu geführt, dass die betroffene Bevölkerung verelendet ist und unter einen ganz großen ökonomischen Druck gerät, während in den Machtetagen die Hardliner das Oberwasser bekamen. Wenn dagegen die Sanktionen auch nur wenig gelockert wurden, bekamen die Reformer in diesen Ländern ein bisschen Luft zum Atmen. Auch bei den Völkern stieg das Vertrauen in eine Verbesserung ihrer Lage. Interessant ist übrigens, dass es zur Zeit des Kalten Krieges keine Wirtschaftssanktionen gegen die Sowjetunion gab - nur einen Olympiaboykott.

Das Elend bei der aktuellen westlichen Strategie ist, dass niemand mehr auf die Wirkung von Reformen baut, die natürlich Zeit brauchen. Der Westen ist in seiner eigenen Eskalationsspirale gefangen und setzt offen oder verdeckt auf einen Regime-Change, letztlich eine revolutionäre Lösung. Aber revolutionäre Konzepte setzen immer auf Gewalt. Sie spielen mit vielen Unbekannten und mit dem Risiko des Chaos.

Die Erde in ihrem bedrohten Zustand braucht aber Reformen, braucht Kooperation über Gräben hinweg, braucht einen Abbau von Feindbildern. Diese Erde braucht eine Einbindung in eine gemeinsame Aufgabe selbst mit denjenigen, mit denen wir so viele Differenzen haben.

Wenn es stimmt, dass der Westen gegenüber der ökologischen Frage genauso viele Fehler begangen hat wie die sozialistischen Regime – dann besteht die Chance, aus den beiderseitigen Irrtümern eine neue Form zukünftiger Kooperation zu entwickeln - diesmal auf Augenhöhe.

Sie sehen für die Lösung der ökologischen Krise die Notwendigkeit einer neuen globalen Kooperation. Das klingt in Bezug auf unseren Kontinent sehr nach dem, was Michail Gorbatschow in seiner Prager Rede im April 1987 mit seinem Bild eines gemeinsamen europäischen Hauses beschrieben hat. Hat dieses Haus aber noch die Chance, bezogen zu werden?

Die Bedingung der damaligen Hoffnungen war die Gewaltfreiheit bei den tiefgreifenden Veränderungen. Das europäische Haus sollte nicht auf den blutdurchtränkten Schlachtfeldern eines Krieges, sondern auf diplomatischer Vernunft und der Idee einer gemeinsamen Sicherheitsarchitektur für alle europäischen Völker entstehen. In diesen unschuldigen Zustand von 1990 kommen wir nicht mehr zurück. Zuviel ist passiert: Die Demütigungen, die Feindbilder, die gegenseitigen Gewalteskalationen, schließlich der Krieg, der ja nicht einmal der erste war.

Jetzt hilft nur noch die Weisheit des westfälischen Friedens. Die aber heißt: Wir fangen an, unsere gegenseitigen Sicherheitsbedürfnisse ernst zu nehmen. Wir akzeptieren unsere Unterschiede. Wir regeln mit Verhandlungen, was wir zu regeln vermögen. Den Rest muss eine höhere Macht oder die zukünftige Generation bewältigen. Erst einmal müssen die Waffen schweigen.

Und was bedeutet das im Umkehrschluss? Welche Perspektiven haben wir, wenn jetzt alle Kontakte abgebrochen werden und dass das erklärte Ziel ist, jeglichen Handel und jeglichen Einkauf von Ressourcen aus Russland einzustellen?

Das Ergebnis ist nicht schwer vorauszusehen. Wo nicht mehr ge- und verhandelt wird, wo auch keine kulturellen Verbindungen mehr bestehen, da wird erst mental und dann später auch real der Krieg auf Dauer gestellt. Das ist es, was auch uns einer realen militärischen Auseinandersetzung oder sogar einem dritten Weltkrieg immer näher bringt.

Das geht mit einer weiteren großen Gefahr in Europa einher: Es ist in vielen Ländern ein für mich unerträglicher neuer Nationalismus im Schwange.

Bei Ländern wie Polen, der Ukraine oder den baltischen Staaten kann ich sehr gut verstehen, dass sie schlimme historische Erfahrungen gemacht haben. Aber nationaler Chauvinismus - egal ob er russisch, polnisch, ukrainisch oder deutsch ist - jede nationale Überheblichkeit und Heroisierung ist keine Rettung, schon gar nicht für Europa.

Der Nationalismus war ganz im Gegenteil immer der Totengräber der europäischen Einheit und die Ursache von vielen Kriegen, von allen Vertreibungen, auch von allen Vernichtungsphantasien. Es ist mir unheimlich, wenn plötzlich Nationalismen wieder als historisch unschuldige Identitätsmerkmale von Völkern betrachtet werden.

Welche Friedensperspektiven sehen sie in diesen Kriegszeiten, in diesem aktuellen Krieg und vielleicht angesichts möglicherweise kommender Kriege? Welche Wege und Akteure können zu einem europäischen und einem globalen Frieden führen?

Ich glaube, dass Deutschland seine Chancen einer vermittelnden Position im Augenblick weitgehend verspielt hat. Ich habe aber eine große Hoffnung, dass aus diesem Desaster doch so etwas wie eine neue Blockfreien-Bewegung entsteht. Eine solche Allianz könnte im internationalen Rahmen mit starken Ländern aufwarten, die sagen: Wir sind mehr interessiert an Kooperation. Kooperation in der zentralen Frage der Klimakatastrophe, des Nord-Süd-Konflikts, der Migration oder bei der Bekämpfung von Armut. Sie könnten dann auch in der UNO wieder an Boden gewinnen und ihr wieder zu der Bedeutung verhelfen, die sie nach 1945 einmal hatte.

Die Verurteilung Russlands in der UN-Vollversammlung war richtig und notwendig, weil der Krieg gegen die Ukraine die Grundideen der UNO verletzt. Aber die Idee einer Weltinnenpolitik, eines Weltethos, einer friedlichen Kooperation der Völker – die braucht ganz dringend eine neue Blockfreien-Bewegung.

Ob ich das noch erlebe, weiß ich nicht. Aber diese Bewegung wird sicher eines Tages aus der wachsenden Konfrontation des Westens mit China entstehen.